

Buchbesprechungen

Kai Eicker-Wolf/Holger Kindler/Ingo Schäfer/Melanie Wehrheim/Dorothee Wolf (Hrsg.), Deutschland auf den Weg gebracht. Rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Metropolis Verlag, Marburg 2002, 360 S., 22,80 €.

Mitglieder der Arbeitsgruppe Politische Ökonomie an der Philipps-Universität Marburg haben sich eine lobenswerte Aufgabe gestellt. Der Sammelband vereinigt eine fundierte, sehr differenzierte, aber darum nicht minder pointierte und kritische Bilanz rot-grüner Wirtschafts- und Sozialpolitik von 1998 bis 2002. Fern jeglichem Talkshow- und Wahlkampf-Geschwätz, stellt er ein wichtiges Rüstzeug für alle politisch interessierten Menschen (nicht nur) in Bezug auf die Bundestagswahlen dar.

Bereits in der Einleitung machen die Herausgeber/innen auf verschiedene Politikfelder aufmerksam und verdeutlichen dabei, dass die Bilanz der jeweiligen Beiträge zwischen verhalten optimistisch, ernüchternd und frustrierend differiert: „Seit ihrem Regierungsantritt hat sie (die rot-grüne Bundesregierung, M.K.) u.a. eine Steuerreform verabschiedet, die nach oben umverteilt, das Rentensystem in Richtung privater Finanzierung umgestellt und prekäre Beschäftigungsverhältnisse ausgebaut hat. Nicht nur die neoliberale Orientierung, sondern auch die politische Rhetorik der vorherigen Regierung, etwa gegen Erwerbslose und MigrantInnen, wurde grundsätzlich beibehalten.“ (S. 11)

Anhand der rot-grünen Geld- und Fiskalpolitik macht zunächst Kai Eicker-Wolf (Marburg) deutlich, warum mit Hilfe restriktiver Politik der Europäischen Zentralbank und der unter Finanzminister Eichel eingeleiteten Sparpolitik weder eine wirkliche wirtschaftliche Kehrtwende noch ein Abbau der Erwerbslosigkeit zu erwarten sind. Dem schließt sich der Beitrag von Margit Schratzenstaller (Gießen) an, welcher die rot-grüne Steuerpolitik unter die Lupe nimmt. Hinsichtlich des selbstgestellten Anspruchs der Bundesregie-

rung - „ökologisch-sozial-gerecht“ - fällt das Urteil wenig positiv aus. „Aus fiskalischer Sicht bedeuten die Reformen umfangreiche Steuerausfälle, deren gesamtes Volumen noch nicht endgültig abzusehen ist, und damit eine Selbstbeschränkung des gesamten staatlichen Handlungsspielraums, die (...) kaum zu rechtfertigen ist.“ (S. 82)

Der Giessener Sozialwissenschaftler Dieter Eißel weist in seinem Beitrag nach, dass unter Rot-Grün die Verteilung weiter ungleicher wird. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung dient ihm dabei als Ausgangspunkt seiner Kritik des neoliberalen Paradigmas, welches mehr Ungleichheit als Bedingung für mehr Wohlstand für alle ansieht. Dagegen zeigt Eißel die Schattenseiten einer ungleichen Verteilung auf und geht auf die spezifischen Formen von Armut ein. Über die Kritik hinaus skizziert er praktikable Möglichkeiten einer gerechteren Verteilung des Wohlstandes und stellt dar, dass dies, entgegen der herrschenden Meinung, sogar ökonomisch sinnvoller wäre.

Torsten Niechoj (Marburg) analysiert Spitzengespräche und Ergebnisse des Bündnisses für Arbeit. Er entdeckt in ihnen Tendenzen zu symbolischer Politik und eine Anpassung der durch die Regierung ohnehin geplanten Maßnahmen an die Interessen der Tarifparteien mit angebotsorientierter Grundausrichtung, welche die Situation abhängig Beschäftigter und sozial Benachteiligter nur noch verschärfen.

Das proklamierte Ziel des Bündnisses für Arbeit stellt der Abbau der Massenarbeitslosigkeit dar. Holger Schatz (Freiburg) untersucht in seinem Beitrag, wie Erwerbslosigkeit im flexiblen Kapitalismus entsteht und wie der „aktivierende

Staat“ erfolgreich darauf hinwirkt, dass ein strukturelles Merkmal als individuelles Problem wahrgenommen wird. Dadurch arbeitet der Autor heraus, welche Bedeutung die rot-grüne Aktivierungsphilosophie für die Durchsetzung neoliberaler Arbeitsmarktpolitik hat.

Die Geschlechterpolitik der rot-grünen Regierung wird von Nora Fuhrmann (Osnabrück) kritisch beleuchtet. Sie erläutert Fortschritte und verbleibende Mängel der Regulierung des Geschlechterverhältnisses. Ein Schwerpunkt der offiziell immer noch Frauenpolitik genannten Maßnahmen war die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, allerdings konnte Frauenministerin Bergmann das anfangs viel umworbene Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft nicht gegen Kanzler und Wirtschaftsvertreter durchsetzen. Insgesamt, so Fuhrmanns Fazit, wurden Teile des geschlechterpolitischen Reformstaus, den die Regierung Kohl hinterlassen hatte, abgearbeitet und das konservative Familienmodell allmählich durch das Modell der ZweiverdienerInnenfamilie abgelöst. Der Beitrag schließt mit einigen Vorschlägen, welche die Entwicklung zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beschleunigen könnten, wie z.B. die schrittweise Abschaffung des Ehegattensplittings. Der damit finanzierbare flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen und Kinderbetreuungseinrichtungen ermöglicht das Erreichen europäischer Bildungsstandards - gerade im Hinblick auf die PISA-Studie. „Ganztagschulen schaffen zusätzliche Arbeitsplätze für LehrerInnen und/oder BetreuerInnen, sie ermöglichen die ganztägige Erwerbstätigkeit in Zweiverdienerfamilien und entlasten auf diese Weise die Sozial- und sogar die Krankenkassen, weil berufstätige EhepartnerInnen nicht gratis familienmitversichert sind.“ (S. 208)

Der Bereich rot-grüner Migrationspolitik wird in dem Beitrag von Carolin Reißlandt (Köln) beleuchtet. Die Autorin gibt zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Migrationspolitik vom Beginn der „Gastarbeiteranwerbung“ in den 1950er-Jahren über den Anwerbestopp in den 1970er-Jahren bis hin zur Bundestagswahl 1998. Mit letzterer verband sich die Erwartung eines Paradigmenwechsels, welcher sich in der Anerkennung der Bundesrepublik als Einwanderungsland ausdrückt. Reißlandt vergleicht die vielen Facetten der Migration, wie beispielsweise Arbeitsmigration oder Flucht, mit den Gesetzesentwürfen und den verschiedenen Vorstellun-

gen (z.B. von MigrantInnenorganisationen). Die Veränderungen in der Zuwanderungsdebatte zu mehr Begrenzung werden auch im Kontext des 11. September 2001 betrachtet, nach dem „Ausländer“ schon fast unter generellen Terrorverdacht gestellt wurden. Letztlich, so zeigt die Autorin, muss eine weitestgehend enttäuschende Bilanz gezogen werden, da die Gesetze deutlich hinter ihren ursprünglichen Ansprüchen zurückbleiben.

Mit der traditionell heftig umkämpften Gesundheitspolitik setzt sich im folgenden Wolfram Burkhardt (Frankfurt am Main) auseinander. Er beschreibt, wie die rot-grüne Regierung inmitten der Auseinandersetzungen der verschiedenen Interessengruppen um gesundheitspolitische Konzepte reagiert hat und welche Strategien sie verfolgte. Die Ansprüche der Regierung nach einem anderen Leitbild in der Gesundheitspolitik und einem „leistungsfähigen und bezahlbaren Gesundheitssystem für alle“ konnten nach Ansicht des Autors wegen fehlender tragfähiger Konzepte nicht erfüllt werden. Eine weitgehende Privatisierung des Gesundheitswesens wurde bisher noch nicht durchgesetzt, ist jedoch für die laufende Legislaturperiode als sehr wahrscheinlich anzusehen.

Dem Feld, wo Privatisierungsbestrebungen bereits weit stärker fortgeschritten sind, nimmt sich der anschließende Beitrag von Diana Auth (Gießen) über Rentenpolitik an. Die Autorin zeigt, wie die rot-grüne Regierung die Maßnahmen der Rentenreform 1999, die sie nach der gewonnenen Bundestagswahl 1998 spektakulär ausgesetzt hatte, letztendlich nur gering verändert umgesetzt sowie die Absenkung des Rentenniveaus bzw. die Ersetzung umlagefinanzierter Rentenanteile durch kapitalgedeckte Privatvorsorge durchgesetzt hat. Auth stellt fest, dass bei der freiwilligen privaten Altersvorsorge à la Riester keine Elemente des sozialen Ausgleichs enthalten sind. „Dafür sind frauenbenachteiligende Elemente enthalten, wie die höheren Tarife bzw. geringeren Leistungen für Frauen. Zudem werden sich Geringverdienende, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Arbeitslose etc. die private Vorsorge oft nicht leisten können. (...) Die Freiwilligkeit der zusätzlichen privaten Vorsorge dürfte ungewollt zu noch größerer Einkommensungleichheit und möglicherweise zu Armut im Alter führen.“ (S. 305)

Den Abschluss des Bandes bildet der Beitrag von Christoph Butterwege (Köln), der die Sozi-

alpolitik seit 1998 bilanziert. Im Bündnis für Arbeit erkennt er die Einbindung der Gewerkschaften in neokorporatistische Strukturen; hierin wie auch im Konzept des „aktivierenden Sozialstaats“ liegt eine Fortführung des Marktradikalismus der Vorgängerregierung im „Kampf“ gegen die Erwerbslosigkeit. Haushaltspolitische Sparkurs, Steuerreform und Umbau des Rentensystems wirken sich zu Lasten sozial Schwacher aus und bringen eine weitere Verschärfung der sozialen Schieflage mit sich. Der Autor verweist auf die soziale Qualität staatlicher Sparpolitik und die Tatsache, dass Maßnahmen, die vor allem sozial Benachteiligte treffen, nicht dadurch erträglicher werden, dass sie eine rot-grüne Bundestagsmehrheit beschließt. Butterwegge kritisiert v.a. die Illusion einer Beschäftigungswirkung durch Lohnkürzungen und stellt dagegen fest, dass die Kapitalanlage- und -verwertungsbedingungen noch von keiner bundesdeutschen Regierung so extrem verbessert wurden wie von der rot-grünen.

Somit weist der sehr empfehlens- und lesenswerte Band detailliert nach, dass die rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik bei allen positiven Reformen gekennzeichnet ist von „bedingungsloser Solidarität“ mit Standort- und Wettbewerbsorientierungen.

Michael Klundt,
Köln

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Hrsg.), Arbeitsbeziehungen in Deutschland: Wandel durch Internationalisierung, Köln 2002.

Wie gelangen die Kölner Max-Planck-Forscherinnen und -Forscher aus der Auswertung von Informationen der hundert größten Unternehmen in Deutschland zur - durchaus streitbaren - Schlussfolgerung, dass sich das deutsche Unternehmensführungssystem (Corporate Governance) dem amerikanischen Marktmodell angenähert habe?

Unter den Aspekten „Internationalisierung“, „Kapital“, „Arbeit“ und „Neue Deals“ nennen sie eine Reihe von Gründen:

- *Internationalisierung*: Große deutsche Unternehmen haben ihre Strategie von der Exportorientierung auf nationaler Basis hin zur Internationalisierung ihrer Organisation geändert. Dies war nur möglich durch die Öffnung ge-

genüber der Finanzierung durch ausländische Investoren. Ohne die Berücksichtigung der Börsenbewertung hätten sie nicht angebissen.

- *Kapital*: Wie nie zuvor wurden Konzernkonglomerate mit Blick auf die Honorierung durch die Börse umgebaut und aufs Kerngeschäft getrimmt. Fusionen und auch - feindliche - Übernahmen, die den Aktienkurs zeitweise trieben, kamen den ausschließlichen Renditeinteressen vor allem von institutionellen Anlegern wie Pensionsfonds entgegen. Die so genannte Deutschland AG mit ihren typischen Eignerverflechtungen zwischen Industrie und Universalbanken konnte und wollte diese Entwicklungen in den 1990er-Jahren nicht mehr aufhalten.
- *Arbeit*: Betriebsräte haben der Internationalisierung von Unternehmen in den meisten Fällen zugestimmt, vor allem, um unter dem Druck internationaler Kostenkonkurrenz heimische Standorte zu stabilisieren. Mehr Transparenz zur Lage von Unternehmen, von den Aktionären erzwungen, war auch im Interesse von Interessenvertretungen. Sie wussten sie für ihre eigene Schutzpolitik zu nutzen.
- *Neue Deals*: Arbeitnehmer wurden - in „mehr oder weniger friedlicher Koexistenz von variabler Vergütung und Flächen-tarifvertrag“ - stärker auf die Ertragsziele von Unternehmen verpflichtet. „Betriebliche Bündnisse für Arbeit“ haben einerseits die Zustimmung der Arbeitnehmerseite wegen der Beschäftigungssicherung erhalten, andererseits Lohnkosten je nach Ertragslage für die Unternehmensleitungen flexibler gemacht.

Unter dem Strich haben die deutschen Arbeitsbeziehungen - Mitbestimmung und Tarifvertrag - die Internationalisierung der größten Unternehmen in Deutschland unterstützt; und zwar dort am stärksten, wo auch Mitbestimmungspositionen gesetzlich am besten ausgebaut sind. Ein interessanter „Mitbestimmungsindikator“, der den Einfluss der Unternehmensmitbestimmung auf den Unternehmensumbau messen will, sieht die montanmitbestimmten Industrien an der Spitze, gefolgt von Volkswagen und der Aachener und Münchener Versicherung. Insofern haben die Studien die Befunde der Mitbestimmungskommission eindrucksvoll bestätigt. Die sprach 1998 von einem besonderen deutschen Weg der kooperativen Modernisierung, der in den 1980er- und 1990er-Jahren den deutschen Unternehmen die Anpassung an neue in-

ternationalere Marktverhältnisse erleichtert habe.

Hat damit Mitbestimmung in den Unternehmen Entwicklungen den Boden bereitet, die ihre eigenen Grundlagen zerstören werden? Wie werden in Zukunft verbindliche Arbeitnehmerbeteiligung und amerikanisierte Verhältnisse im Unternehmensführungssystem, auch international, zusammen passen?

Mitbestimmung wird auch in Zukunft dringend gefragt bleiben – nicht zuletzt im Interesse der Unternehmen selbst. Nachdem strikte Profitorientierung der Unternehmensführungen für die Aktionäre entgegen den Annahmen ihrer konzeptionellen Wegbereiter weltweit weder mehr noch bessere Jobs noch prosperierende Wirtschaften und damit Kunden und Märkte hervor brachte, hat nun die Debatte über die Neubewertung der gesellschaftlichen Rolle von Unternehmen begonnen. Die Grundorientierung der Mitbestimmung, soziale und gesellschaftliche Aspekte in den Katalog der Unternehmensführung einzubinden, dürfte dabei nach dem Jahrzehnt der börsengetriebenen Internationalisierung auch außerhalb Deutschlands eher wieder mehr Anhänger finden.

Die Broschüre des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung ist lesenswert. Die Essenz von dreijähriger Forschungsarbeit zum Wandel der Arbeitsbeziehungen durch Internationalisierung und die Folgen für die Mitbestimmung und Tarifautonomie wird von Martin Höpner, Antje Kurdelbusch, Britta Rehder und Rainer Zugehör sowie von Jürgen Beyer, Anke Hassel und Wolfgang Streck über die akademischen Grenzen hinweg zugänglich gemacht.

*Norbert Kluge,
Düsseldorf*

Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern - Einflussfaktoren, internationale Erfahrungen und Handlungsempfehlungen, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2001, 15 €.

Die aktuelle Zuwanderungsdebatte läuft Gefahr, das Problem auf die bloße Einwanderungssteuerung zu verkürzen. Dabei wird oft übersehen, dass bereits heute in Deutschland 7,3 Millionen ausländische Mitbürger wohnen. Zudem ist in Deutschland nur ein kleiner Teil der Zuwanderung überhaupt steuerbar, da die meisten Ein-

wanderer im Wege des Familiennachzugs immigrieren und Asylbewerber und Spätaussiedler ebenfalls nicht abgewiesen werden können. Dazu werden demnächst noch zahlreiche Arbeitsuchende aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten kommen, deren Freizügigkeit im Rahmen der EU auf Dauer nicht beschränkt werden kann. Sie alle müssen nicht nur in die Gesellschaft, sondern auch in die Arbeitswelt integriert werden. Daher kreist die aktuelle, allein auf die Zuwanderungssteuerung konzentrierte Diskussion insoweit eher um die Spitze des Eisbergs als um das dahinter stehende, grundsätzlichere Problem.

Eine gezieltere Auswahl der Zuwanderer garantiert auch noch keineswegs deren erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt. Zuwanderer haben in praktisch allen europäischen Ländern einen schweren Stand im Berufsleben, ihre Arbeitslosenquote liegt meist zwei- oder dreimal so hoch wie die der einheimischen Bevölkerung. Das gilt auch für Deutschland, wo die Arbeitslosenquote von Zuwanderern aus Nicht-EU-Ländern 2000 bei 17,5 Prozent lag, verglichen mit 7,5 Prozent für die Inländer. Man würde es sich zu einfach machen, wenn man diese Unterschiede auf allgemeine Ausländerfeindlichkeit oder Diskriminierung zurückführen wollte. Sowohl theoretische Überlegungen als auch empirische Befunde sprechen eher dagegen. Darum wäre es wenig Erfolg versprechend, dem Problem mit verschärften Anti-Diskriminierungsgesetzen, Vorzugsregelungen für Zuwanderer oder gar Ausländerquoten in Betrieben entgegenzutreten zu wollen. Solche Maßnahmen führen, wie die Erfahrung in anderen Ländern zeigt, eher zu einer Verstärkung von Ressentiments sowie zu versteckten Ausweichreaktionen und damit zum Gegenteil des angestrebten Effektes.

Wesentlich Erfolg versprechender erscheinen Maßnahmen zur Verbesserung des Humankapitals der Zuwanderer, wie der Vergleich der Integrationspolitiken in Großbritannien, den Niederlanden, Schweden und Deutschland zeigt. Von überragender Bedeutung sind vor allem Basisqualifikationen wie Beherrschung der Sprache und Integration in die Kultur des Gastlandes. Diese Faktoren werden wegen der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors immer wichtiger für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern. Gut gemeinte Programme wie Schulunterricht in der Heimatsprache drohen dagegen eher kontraproduktiv

zu wirken. Sie sind deshalb vielerorts inzwischen wieder zurückgefahren worden.

Die meisten Zuwanderer sind - trotz formal oft hoher Qualifikation im Heimatland - in den unteren Segmenten der Arbeitsmärkte zu finden. Die Unflexibilität der Märkte gerade in diesem Bereich aufgrund von staatlicher Regulierung und marktwidriger Tariflohn-gestaltung tragen deswegen zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Integrationschancen bei. Hinzu kommen formale Hürden wie etwa der Meisterbrief oder Einstellungs-voraussetzungen im Staatssektor selbst, die von Ausländern oft kaum zu nehmen sind. Vor allem in Deutschland mit seinem extrem stark reglementierten Arbeits- und Berufsleben gibt es hier zahlreiche Ansatzpunkte für Reformen. Sie würden nicht nur kaum Geld kosten, sondern darüber hinaus auch die Beschäftigungschancen der einheimischen Bevölkerung erhöhen. Es muss deshalb keineswegs ein Konflikt zwischen einer stärkeren Zuwandererintegration einerseits und den Beschäftigungsinteressen der eigenen Bevölkerung andererseits bestehen.

Das gilt auch für die Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems, die ebenfalls von großer Bedeutung für eine erfolgreiche Integrationspolitik ist. Eine Politik des Förderns und Forderns, wie sie in einigen Ländern inzwischen mit großem Erfolg betrieben wird, kommt auch den Integrationschancen von Zuwanderern zugute. Gerade sie bedürfen einer individuellen Betreuung, aber auch der persönlichen Ansprache und Motivation. Sozialpolitik mit der Gießkanne verschlechtert dagegen tendenziell ihre Arbeitsmarkt-perspektiven. Nicht umsonst hat gerade in traditionell wohlfahrtsstaatlich ausgerichteten Ländern in dieser Hinsicht inzwischen ein Umdenken eingesetzt.

*Clemens Wieland,
Gütersloh*

Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hrsg.), Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannteste Seite der DDR-Revolution, Selbstverlag Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2001, 551 S., 9 €.

„Wir sind das Volk“ - unter diesem Slogan brachten Hunderttausende in der DDR 1989 mit Massendemonstrationen die SED-Herrschaft zum Einbruch. Der Slogan brachte die realen Herr-

schaftsverhältnisse in der DDR auf den Punkt. Die DDR hatte nichts mit einer sozialistischen Gesellschaft gemein, wie sie Marx mit dem zentralen Element der Selbstaktivität der Arbeiterklasse umrissen hatte. Aber wer war das Volk? Die zahlreichen Veröffentlichungen zur „Wende“ in der DDR bestimmen meist die so genannte „DDR-Opposition“, die Bürgerrechtsgruppen zu Protagonisten der ostdeutschen Revolution. Tatsächlich befreite aber erst die zunehmende Wucht namenloser Arbeitermassen die kleine Minderheit Oppositioneller aus ihrer Isolation und brachte das herrschende Regime in ernsthafte Gefahr.

Mit dem von Bernd Gehrke und Renate Hürtgen herausgegebenem Band wird nicht nur erstmals versucht, die Ereignisse des Revolutionsjahres 1989 in breiterem Maße aus der Sicht der Beschäftigten darzustellen. Vielmehr geht es um die Wende-Ereignisse und den Aufbruch in den Betrieben selbst. Das gelingt insbesondere deshalb, weil die Akteure, die Betriebsaktivisten der damaligen Zeit, selbst zu Wort kommen. Fast ein Drittel des Buches ist die Wiedergabe einer Tagung, die 10 Jahre nach dem Herbst 1989 stattfand und auf der sich zahlreiche ehemalige Betriebsaktivisten der Wendezeit wiedertrafen. Neben Texten zur „Betriebswende“ und ihrer Vorgeschichte finden sich auf 200 Seiten über hundert bisher größtenteils unveröffentlichter Dokumente: von Berichten des Staatssicherheitsdienstes (Stasi) über die zunehmende Unruhe in den Betrieben bis zu Aufrufen zur Gründung unabhängiger Interessenvertretungen und zu Streikaktionen.

Eindrucksvoll wird geschildert, wie die über Jahrzehnte unangefochtene Macht der SED in den Betrieben ins Wanken kommt. Wie die Zeitzeugen berichten und Gehrke in seinen Texten zeigt, schlossen sich im Spätsommer 1989 immer mehr einzelne Arbeiter und Angestellte den Straßendemonstrationen an. Mit der gewonnenen Machtprobe in der ersten Oktoberwoche gegen die brutalen Polizeieinsätze des SED-Regimes in Leipzig, Plauen, Berlin und Dresden gingen ganze Belegschaften kollektiv zu den Montagsdemonstrationen. Das gewonnene Selbstvertrauen ließ erstmals seit der Niederschlagung des Arbeitsaufstandes vom 17. Juni 1953 wieder in größerem Ausmaß eigenständige betriebliche Aktivitäten von unten entstehen. Zwar sah das Revolutionsjahr keinen neuen Generalstreik, und betriebliche Streik-

aktionen dominierten auch nicht den Charakter der Bewegung. Die Bewegungen auf der Straße und in den Betrieben waren ungleichzeitig, befruchteten sich dennoch gegenseitig. Zunächst begannen kleine Gruppen oder gar einzelne Personen im Betrieb informell zu agieren. Beispielsweise lieferten sie sich beim Aufhängen von Demonstrations-Aufrufen einen „Wandzeitungskrieg“ mit dem Parteisekretär, der diese immer wieder abbriss. Dann traten sie an die Öffentlichkeit im Betrieb, stellten sich vor das Werkstor und forderten auf Betriebsversammlungen die Zulassung der bekanntesten und einflussreichsten Oppositionsgruppe „Neues Forum“ und die Schaffung unabhängiger Interessenvertretungen.

Die Formen und das Tempo der beginnenden Selbstorganisation von unten waren von Betrieb zu Betrieb sehr unterschiedlich. So wurde zur Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft aufgerufen, die Betriebsorganisationen der Staatsgewerkschaft FDGB wurden auf den Kopf gestellt und das erste Mal mit Leben gefüllt oder die Bildung von Betriebsräten betrieben. Hinter dem gemeinsamen Ziel aller Initiativen „SED raus aus den Betrieben“ stand eine breite Debatte über Demokratisierung und Beseitigung der sozialen Mängel in Betrieb und Gesellschaft. In einzelnen Betrieben erfolgte die Absetzung der Partei-Leitung durch Streikaktionen, und die Betriebsleitung hatte sich bei ihren Entscheidungen mit den anerkannten Betriebsaktivisten zu verständigen. Offiziell wurden zwischen August 1989 und April 1990 über 200 Streikaktionen gezählt. Vor allem die Streikwelle Anfang 1990 zeigte, dass neben politischen Forderungen zunehmend die soziale Frage auf die Tagesordnung rückte. Angesichts der abgewirtschafteten SED, mit der nun auch die Bürgerbewegung in einem Boot saß, sah die Arbeiterklasse in der Wiedervereinigung den einzigen Weg zur Lösung ihrer Probleme. Das war auch die Zeit, in der ein Teil der Betriebsaktivisten angesichts der zu erwartenden sozialen Folgen engen Kontakt zu den westdeutschen Gewerkschaften suchte. Allerdings, auch das zeigt das Buch, erhofften sie sich von diesen mehr als sie fanden.

Das äußerst lebendige Bild, das das Buch von den Ereignissen in den Betrieben zeichnet, beleuchtet auch Interessenkonflikte zwischen den Betriebsaktivisten, die sich oftmals in Betriebsgruppen des „Neuen Forum“ zusammenschlossen und dessen Führern. Oft fanden die Arbeiter,

die als Minderheit zu den Treffen der Neuen-Forum-Gruppen stießen, dort nicht ihre sozialen Belange wieder. Als Anfang Dezember 1989 der Sturm auf die Stasi-Zentralen begann und in vielen Betrieben über Generalstreik diskutiert wurde, lehnte der nationale Sprecherrat des „Neuen Forum“ einen aus dem Süden kommenden Aufruf zum Generalstreik ab. Er erklärte sich stattdessen für Verhandlungen mit der SED und den Eintritt in den „Runden Tisch“. Die SED/PDS blieb an der Macht und organisierte in den darauf folgenden Monaten mit den Vertretern der Opposition und gewendeten Blockparteien die Machtübergabe an die Regierung Kohl.

Das Wohlstandsgefälle zwischen den beiden Teilen Deutschlands und die jahrzehntelange Unterjochung der ostdeutschen Arbeiter im Namen des Sozialismus machten einen alternativen Weg der Revolution von 1989 nicht möglich. Aber die spontan entstandene Bewegung auf der Straße und die „kleine Revolution“ im Betrieb, die das Buch an so vielen konkreten Beispielen schildert, zeigen, dass die einfachen Beschäftigten nicht machtlos sein müssen, sondern die Gesellschaft umgestalten können.

*Olaf Klenke,
Berlin*

Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschuggnall, „Opa war kein Nazi“ - Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 2002, 245 S., 10,90 €.

Harald Welzer/Robert Montau/Christine Plaß, „Was wir für böse Menschen sind!“ - Der Nationalsozialismus im Gespräch zwischen den Generationen, edition diskord, Tübingen 1997, 222 S., 16 €.

Der Befund kommt nicht ganz unerwartet und doch ist er niederschmetternd. In dem soeben erschienenen Band „Opa war kein Nazi“ und der schon einige Jahre auf dem Markt befindlichen Vorstudie „Was wir für böse Menschen sind!“ beschreibt Harald Welzer mit seinen Koautorinnen, dass insbesondere die Generation der Enkel der Nazitäter jede Gelegenheit nutzt, um ihre Großeltern von Schuld und Verantwortung im Kontext deutscher Kriegsverbrechen und dem Völkermord - einschließlich ihrer Vorbereitung - reinzuwaschen.

Dabei weiß diese Generation, die in Deutschland (West und Ost!) zwischen 1966 und 1986 auf die Welt gekommen ist, meist sehr viel über die Geschichte des Nationalsozialismus, seine Ursachen und auch die Dimension der Verbrechen. Die Enkelgeneration, so zeigen die Autoren immer wieder, gehört nicht zur Gruppe der Auschwitzleugner. Sie ist überzeugt, dass diese Verbrechen stattgefunden haben, nur eben dass ihre Großeltern darin verwickelt sein könnten, diese Vorstellung weist sie hartnäckig zurück. Im offenen Widerspruch zum Wissen um den Nationalsozialismus heroisieren die Enkel ihre eigenen Vorfahren, beschreiben sie als Opfer oder gar Widerständler. Gerade die gelungene Aufklärung über die Verbrechen habe, so Welzer, bei den Kindern und Enkeln das Bedürfnis hervorgebracht, „die Eltern und Grosseltern im nationalsozialistischen Universum des Grauens so zu platzieren, dass von diesem Grauen kein Schatten auf sie fällt.“

Eines der erstaunlichen Ergebnisse der Studie besteht darin, dass Welzer und seine Koautorinnen nur geringe Unterschiede der Tradierungsprozesse in Ost- und Westdeutschland feststellen konnten. Parallel zur staatsoffiziellen Geschichtsmythologie in der DDR erhielt sich auch dort das Familiengespräch als zentraler Ort der Vermittlung von Vergangenheitsbildern. Mit dem Systemwechsel sei in den fünf neuen Bundesländern die Generation der NS-Zeitzeugen in ihrer Interpretation des Nationalsozialismus („Hitler hat Arbeit und Brot gebracht“) bestärkt worden. Die Generation ihrer Kinder sei - auch wegen ihrer eigenen DDR-Vergangenheit - völlig verunsichert. Insgesamt sei man sich mit der Enkelgeneration einig, dass der DDR-Geschichtsunterricht nur der Propaganda gedient habe. Welzer resümiert skeptisch, die Geschichtsbücher seien zwar ausgetauscht, die Denkmäler kommunistischer Widerstandskämpfer demontiert und die Gedenkstätten umgestaltet worden, allein die Grosseltern erzählten im Familienkreis nach wie vor ihre Geschichten vom Nationalsozialismus.

Harald Welzers Untersuchung einschließlich der Vorstudie ist aus zwei Gründen wahrhaft revolutionär zu nennen. Der erste Grund liegt darin, dass er sich diesem Thema zugewandt hat. Es gibt nicht viele Forscher, die sich diesem Thema widmen. Gabriele Rosenthal und Dan Bar-On sind wohl nur Spezialisten bekannt. Bislang kann jedoch nicht behauptet werden, dass das Thema

die ihm gebührende Aufmerksamkeit erlangt hätte. Die Arbeit Welzers ist darüber hinaus deshalb revolutionär zu nennen, weil sie der Versuch ist, das „kollektive Gedächtnis“ der deutschen Tätergeneration und ihrer Nachfahren in einer Mehrgenerationenstudie auszuleuchten. Die von Maurice Halbwachs entwickelte Theorie über die soziale Produktion von Erinnerung wird in diesen beiden Büchern in ein Instrumentarium umgesetzt, das in der Lage ist, intergenerationelle Tradierungsprozesse von Vergangenheitsvorstellungen im Familiengespräch zu erfassen. Das Gespräch in der Familie oder auch das „Familiengedächtnis“ ist für Welzer im Anschluss an Halbwachs der Ort, an dem die individuelle Erfahrung fortlaufend an einen Kanon gemeinsamer Werte angepasst wird.

Im Familiengespräch wird - wie die Autoren an vielen Einzelbeispielen zeigen können - das Vergangenheitsbild intergenerational richtig gehend ausgehandelt. Dieser Aushandlungsprozess folge der Logik, dass Erinnerungsgeschichten, die in Familien erzählt würden, nie nur individuelle Vergangenheitsbilder darstellten, sondern - wie Halbwachs bereits bemerkte - zugleich Modelle für die allgemeine Haltung der Gruppe darstellten. Die erzählten Geschichten und noch mehr das Ereignis ihrer Erzählung selbst (an der Kaffeetafel oder unterm Weihnachtsbaum) diene dazu, einen bestimmten Kanon von Familienwerten zu bestätigen. „Bei uns bereichert man sich nicht“, „bei uns ist man stolz“ etc. sind jene Werte, die eine Erzählung bestätigen muss. Halbwachs hatte bereits Struktur und Funktionsweise des Familiengedächtnisses als zentralen Ort kollektiven Gedächtnisses bestimmt, war aber jeden empirischen Beweis schuldig geblieben - er ist im KZ Buchenwald ermordet worden -, wie Vergangenheit zwischen den Generationen weitergereicht wird. Eben diesen empirischen Nachweis sucht Welzer mit seinen beiden Studien nachzuliefern.

Bereits in der Vorstudie „Was wir für böse Menschen sind!“, in der Welzer sich jedoch lediglich damit auseinandergesetzt hatte, „was Angehörige der Geburtsjahrgänge 1913 bis 1928 aus der NS-Zeit erinnern, und vor allem: wie sie das tun“, hatte Welzer fünf verschiedene Tradierungstypen, mit denen sich die Zeitzeugen des Nationalsozialismus ihre Vergangenheit selbst und ihren Nachfahren zurechtlegen, beschrieben: Opferschaft, Rechtfertigung, Distanzierung, Faszination und Überwältigung. Die Beto-

nung selbst erfahrenen Unrechts, bis hin zur Rechtfertigung von Verbrechen, die Schilderung eigener Distanz zum Geschehen, das deutliche Hervorscheinen eigener Faszination von nationalsozialistischen Gemeinschaftsritualen und die Einbeziehung der Zuhörer durch verschiedene Erzähltechniken in das Geschehen der Vergangenheit (um ihnen eine kritische Distanz zu nehmen) hatte Welzer als Tradierungsformen ausgemacht.

Erst in der neuen Studie verfolgt Welzer, wie die Vergangenheitserzählungen der Zeitzeugen des Nationalsozialismus von deren Kindern und Enkeln aufgenommen wird. Erst in diesem Tradierungsprozess wird die eigentlich erschreckende Tatsache sichtbar. Dass die Zeitzeugengeneration sich selbst als Opfer schildert, sich rechtfertigt - dies ist in Deutschland eigentlich nicht ungewöhnlich. Dass aber Kinder und Enkel die Geschichte des Nationalsozialismus zwar selbst kennen, ihre Vorfahren jedoch konsequent aus dessen Zusammenhang heraus halten, ist in dieser Schärfe bislang nicht erhoben worden. Das Ergebnis erschreckt umso mehr als Welzer betont, man habe für die Studie 40 Familien ausgesucht und dabei bewusst darauf verzichtet, „Familien einzubeziehen, zu denen Holocaust-Täter

in einem juristischen Sinne zählen“. Außerdem sei darauf geachtet worden, Familien auszuwählen, „in denen über die nationalsozialistische Vergangenheit gesprochen werden kann und gesprochen wird“. Beide Auswahlmerkmale hätten nicht erwarten lassen, dass Rechtfertigungsbedürfnisse sich intergenerationell so eindeutig tradieren.

Der Holocaust - so das Gesamtresümee der bahnbrechenden Studie - habe „keinen systematischen Platz im deutschen Familiengedächtnis“. Sein Narrativ entspringe einer „externen Quelle, gebildet aus Geschichtsunterricht, Gedenkstättenarbeit, Dokumentationen und Spielfilmen“. Das solcherart vermittelte Wissen sei jedoch etwas völlig anderes als die „selbstverständliche Gewissheit, die man als Mitglied einer Erinnerungsgemeinschaft über deren eigene Vergangenheit hat“. Die „Vergangenheit der vernichteten jüdischen Deutschen kommt in nichtjüdischen deutschen Familien lediglich als Geschichte ihres Verschwindens vor, nicht einmal als Geschichte der Toten, geschweige denn als lebendige Geschichte.“

*Martin Jander,
Berlin*